

12.06.2018

Entschließungsantrag

**der Fraktion der CDU und
der Fraktion der FDP**

zum Antrag der Fraktion der SPD „Land muss Mittel aus aktueller EU-Förderperiode vollends ausschöpfen!“ (Drucksache 17/2755)

EU-Strukturförderung: Chancen für NRW sichern, Schwerpunkte setzen, Bürokratie senken

I. Ausgangslage

Die Europäischen Struktur- und Investitionsfonds (ESI bestehend aus EFRE, ESF und ELER) sind als zentrale Förderinstrumente der EU auch für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. In der laufenden Förderperiode erhält unser Bundesland Strukturfördermittel in Höhe von rund 2,4 Milliarden Euro, die mit Kofinanzierung von Land und weiteren Projektträgern für Investitionen auf regionaler und lokaler sowie auf Landesebene genutzt werden. Die damit verbundenen Chancen und Potenziale müssen in der laufenden, vor allem aber auch in der bald beginnenden Förderperiode ab 2021 ausgeschöpft werden. Als bevölkerungsreichstes und wirtschaftsstarkes Bundesland hat Nordrhein-Westfalen auch künftig den Anspruch, von den Finanzmitteln aus Brüssel zu profitieren. Der Bedarf leitet sich nicht nur, aber auch aus dem sich nach wie vor vollziehenden Strukturwandel in Nordrhein-Westfalen ab.

Dabei sind maßgeblich zwei Herausforderungen zu identifizieren, die den Einsatz des Landes fordern: Zum einen müssen die Effizienz und die Effektivität des Mitteleinsatzes auf Basis der Strukturentscheidungen der vorangegangenen Landesregierung angesichts unterschiedlicher Abflussquoten etwa bei den Prioritätenachsen des EFRE einer eingehenden Prüfung unterzogen werden. Zum anderen bedarf es mit Blick auf die neue Förderperiode ab 2021 einer intensiven Vorbereitung hinsichtlich der inhaltlichen Schwerpunktsetzungen und der strukturellen Umsetzung der Fördersystematik.

Datum des Originals: 12.06.2018/Ausgegeben: 12.06.2018

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Bereits in der laufenden Förderperiode offenbart sich als zentrales Problem – insbesondere bei der europäischen Strukturförderung – die hohe bürokratische Belastung. Dies führt mittlerweile zu einer deutlichen Minderung der Effektivität, weil potenzielle öffentliche und private Fördermittelempfänger den Aufwand und die langen Abwicklungszeiträume zunehmend scheuen. Die seitens der EU-Kommission vorgeschlagene Absenkung des EU-seitigen Förderanteils von 50 auf 40 Prozent könnte die Anreizwirkung bei potentiellen Empfängern zusätzlich hemmen, da die Kosten-/Nutzen-Relation für diese zu leiden droht. In Kombination würde dies die Wirksamkeit des Programms für unser Bundesland schwächen. Zukünftig müssen daher der administrative Aufwand, die Zeitabläufe und die Fördervolumina wieder in einem angemessenen Verhältnis zueinander stehen.

Neben der Frage der Fördersystematik ist auch die inhaltliche Ausrichtung in den Blick zu nehmen: Um Wachstumschancen für Nordrhein-Westfalen zu sichern, muss eine noch stärkere Konzentration auf Zukunftsthemen erfolgen. Als Schwerpunkte der Programmgestaltung müssen daher vor allem Digitalisierung, Forschungs- und Wissenschaftsinfrastruktur, neue Mobilität und Sektorenkopplung, Innovationsförderung und -transfer sowie Bildung und Qualifizierung weiterentwickelt und den aktuellen politischen Herausforderungen angepasst werden.

Wie von Wirtschaftsminister Prof. Dr. Andreas Pinkwart in der Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Landesplanung am 06. Juni 2018 in einem Bericht dargestellt, hat die Landesregierung die Mittelbewirtschaftung der laufenden Förderperiode ebenso im Blick wie die Interessenvertretung unseres Bundeslandes bei der MFR für die nun vor dem Hintergrund des Brexit laufenden Gespräche zur Förderperiode 2021/2027.

II. Beschlussfassung

1. Der Landtag stellt fest:
 - Die EU-Strukturfördermittel sind für Nordrhein-Westfalen von großer Bedeutung. Unser Bundesland muss auch weiterhin angemessen an den Angeboten partizipieren.
 - Die bürokratischen Hürden, die mit der Mittelverwendung verbunden sind, schmälern die Anreizwirkung und die Effektivität der Programme.
 - Nordrhein-Westfalen muss sich auf die neue Förderperiode 2021/2027 aktiv vorbereiten und bei der Diskussion über die Ausgestaltung der zukünftigen Strukturpolitik alle relevanten Akteure einbeziehen.
2. Der Landtag begrüßt das Engagement der Landesregierung bei der Diskussion um die Ausgestaltung der zukünftigen EU-Kohäsionspolitik, insbesondere mit Blick auf die Vereinfachung der Programme sowie eine wirksamere und unkomplizierte Gestaltung der Programmumsetzung.
3. Der Landtag beauftragt die Landesregierung,
 - zu prüfen, wie die Abruf- und Bewilligungsquoten auch in der laufenden Programmperiode verbessert, der bürokratische Aufwand für alle reduziert und die Effizienz und Effektivität der Fördermittel erhöht werden können.
 - bei der Diskussion über die Ausgestaltung der zukünftigen Strukturpolitik den bereits begonnenen Dialog mit relevanten Akteuren fortzuführen und dabei eine zukunftsorientierte Schwerpunktsetzung der Programme zu fokussieren.
 - sich bei der EU-Kommission weiterhin dafür einzusetzen, dass der Förderanteil der EU-Kommission nicht abgesenkt und dass bürokratische Rahmenbedingungen abgebaut werden.

- für eine angemessene Beteiligung Nordrhein-Westfalens bei der künftigen Verteilung der EU-Strukturfördermittel einzutreten.

Bodo Löttgen
Matthias Kerkhoff
Marcus Optendrenk
Daniel Sieveke
Oliver Krauß
Henning Rehbaum
Günther Bergmann

und Fraktion

Christof Rasche
Henning Höne
Ralph Bombis
Bodo Middeldorf
Dietmar Brockes
Thomas Nüchel

und Fraktion